

Preis der Deutschen Gesellschaft e.V.

Laudatio auf Bundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker (9.11.12)

Prof. Dr. Dr. h.c. Richard Schröder

Die Deutsche Gesellschaft vergibt ihren Preis für Verdienste um die deutsche und europäische Verständigung dieses Jahr an Dr. Richard von Weizsäcker. In der Begründung heißt es: „Sein Einsatz für den Abbau von Vorurteilen, für ein versöhnliches Miteinander und gegenseitiges Verständnis sowie sein Bemühen, in schwierigen Situationen Brücken zu bauen, sind in besonderer Weise zu würdigen.“

Eine solche Würdigung ist deshalb nicht ganz einfach, weil wir alle Richard von Weizsäcker so gut kennen. Seit Jahrzehnten und bis heute ist er uns in Wort und Bild gegenwärtig. Was soll da noch Originelles gesagt werden können? Ich kann mich nur dadurch retten, dass ich erzähle, wie mir von der DDR aus Richard von Weizsäcker nach und nach immer vertrauter wurde. Anfangs pflegte man auf die Frage: wer ist Richard von Weizsäcker? zu antworten: das ist der Bruder von Carl Friedrich. Heute ist es umgekehrt. Wer ist Carl Friedrich von Weizsäcker? Der leider schon verstorbene Bruder von Richard.

Carl Friedrich von Weizsäcker, Physiker und Philosoph mit intensiven politischen Interessen, war von meiner Jugend an eine bedeutende Autorität, durch seine Bücher, illegal importiert, mehr aber noch durch seine Besuche. Er war Mitglied der Leopoldina, der Akademie der Naturforscher in Halle und benutzte deren Tagungen zu Vorträgen und Gesprächen in kirchlichen Einrichtungen wie der Studentengemeinde oder kirchlichen Ausbildungsstätten. Er war für uns wie ein Tor zur Welt. Ich erwähne ihn hier dankbar, weil das auch etwas vermittelt von der eigentümlichen verborgenen Gegenöffentlichkeit, die der Protestantismus in der DDR darstellte, und zwar nicht nur als geistliche Heimat, sondern auch als intellektuelle. Ich zum Beispiel habe vom vierzehnten Lebensjahr an meine gesamte Ausbildung ausschließlich an kirchlichen Ausbildungsstätten genossen, deren Abschlüsse vom Staat nicht anerkannt wurden. Für den war ich bis 1990 ein Achtklässler.

Meine erste Begegnung mit dem Wirken Richard von Weizsäckers war beidseitig anonym. Ich wusste nicht, dass er maßgeblich mitgewirkt hatte an der Denkschrift der EKD von 1965: „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“. Allein seine Mitwirkung an dieser Denkschrift würde den Preis der Deutschen Gesellschaft bereits vollkommen rechtfertigen. Sie wurde nicht nur ein entscheidender Impuls für Willy Brandts neue Ostpolitik. Man kann in ihr auch schon die Grundzüge der berühmtesten Rede Richard von Weizsäckers finden, der Rede, die er zum 40. Jahrestag des 8. Mai 1945, dem Kriegsende und der Kapitulation Hitlerdeutschlands, im Jahre 1985

gehalten hat. In die DDR konnte diese Denkschrift natürlich nur illegal gelangen. Vervielfältigungstechnik war damals noch rar. Wir halfen uns mit ganz normalen Kleinbildkameras, indem wir Seite für Seite abfotografierten und in der improvisierten Dunkelkammer auf Postkartenformat vergrößerten. Solcherart also wurde uns jene Denkschrift zugänglich.

In der DDR war das Thema Flüchtlinge und Vertreibung vollkommen tabuisiert, obwohl natürlich überall Flüchtlinge lebten. Das Thema, man kann sogar sagen: die nackten Tatsachen galten bereits als revanchistisch. Das ging so weit, dass die westdeutsche Briefmarke zum Thema „20 Jahre Vertreibung“ auf Briefen in die DDR mit schwarzer Farbe unkenntlich gemacht wurde.

Die demokratische Öffentlichkeit der Bundesrepublik war so monolithisch nicht. Aber acht Millionen Flüchtlinge waren für alle Parteien ein beachtliches Wählerpotential und die Mehrheit von ihnen forderte das Recht auf Rückkehr. Der offizielle Ausdruck für die verlorenen deutschen Ostgebiete: „unter polnischer bzw. sowjetischer Verwaltung“ suggerierte eine Rückgabe in einem noch ausstehenden Friedensvertrag. Die Folge war eine vollkommen erstarrte Politik der unendlich wiederholten Rechtspositionen, da im Kalten Krieg ein Friedensvertrag, der den Zweiten Weltkrieg beendet hätte, undenkbar war.

Die Denkschrift befasst sich zunächst sehr realistisch und im Detail mit der Lage der Vertriebenen in der Bundesrepublik. Fazit: die westdeutsche Gesellschaft ist den Vertriebenen vieles schuldig geblieben. Heute sage ich: die DDR ist ihnen noch viel mehr schuldig geblieben, denn da gab es keinen Lastenausgleich. Und wenn ich bedenke, dass Palästinenser in Israels Nachbarländern zum Teil noch heute in Lagern leben, ist die Integration der Flüchtlinge in Deutschland geradezu eine Meisterleistung. Aber selbstkritisch sein ist ja nie grundverkehrt. Damals war diese Würdigung der Lage der Vertriebenen sehr wichtig. Vertriebene können nämlich auch Terroristen werden, wenn sie glauben, kein Gehör für ihre Probleme zu finden.

In einer sehr gründlichen und ausgewogenen Diskussion der rechtlichen Seite wird einerseits festgestellt, dass das Völkerrecht ein vollziehbares „Recht auf Heimat“ nicht kennt, dass auf der anderen Seite einseitige Annexionen nach dem geltenden Völkerrecht nicht rechtens sind und die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten keine völkerrechtliche Grundlage hatte. Schließlich wird darauf hingewiesen, dass das Völkerrecht die Kategorie der Kollektivschuld nicht kennt.

Aber nun erweitert die Denkschrift den Horizont und weist darauf hin, dass die Vertreibung unzweifelhaft in einem Zusammenhang mit dem Eroberungs- und Vernichtungskrieg steht, mit dem Nazideutschland namentlich seine östlichen Nachbarn überzogen hat und stellt fest, „dass alle Schuld der anderen die deutsche Schuld nicht erklären oder ausblenden kann.“ Verwiesen wird auch auf den Stalin-Hitler-Pakt, der eine weitere Teilung Polens zum Inhalt hatte, die nun als eine „Westverschiebung“ Polens die verlorenen Ostgebiete einbezieht.

Auch Polen hat ein Vertriebenenproblem und verlorene Ostgebiete von erheblichem Umfang, und zwar durch deutsche Schuld. Das Unrecht der Vertreibung könnte nur durch neues Unrecht, also erneute Vertreibungen, rückgängig gemacht werden. Auch die Polen aus ihrem verlorenen Osten könnten für sich ein Recht auf Heimat einfordern. Vor allem aber können sie sichere Grenzen einfordern. Eine Kollektivschuld kennt das Völkerrecht nicht, aber eine Friedenspflicht, also auch eine deutsche Friedenspflicht, und die darf nicht durch territoriale Forderungen verletzt werden.

Die Denkschrift wendet sich aber auch gegen diejenigen, die in der Vertreibung Gottes Strafe für die deutschen Kriegsverbrechen sehen. Es stehe uns nicht zu, Gottes Geschichtshandeln dergestalt eindeutig deuten zu wollen. Es bleibt uns verborgen. Deshalb dürfe eine „neue deutsche Ostpolitik“ nicht ausschließlich als Folge und Gestalt der Buße für deutsche Schuld konzipiert werden, sondern: „Der wirkliche Neubeginn eines nachbarschaftlichen Verhältnisses kann nur in einer echten Partnerschaft bestehen, bei der auch die Wirklichkeit der gegenseitigen Schuldverstrickung ins Blickfeld tritt.“ Hier übernimmt die Denkschrift übrigens ein Zitat von einem weitsichtigen und unverkrampften Vertreter der Vertriebenen, die es auch gab, nämlich von Herbert Girgensohn.

Am Anfang der Denkschrift wird gesagt, dass „ohne Lösung der deutschen Frage alle Bemühungen um eine politische Entspannung in Mitteleuropa und um eine tragfähige Friedensordnung zwischen den Völkern erfolglos bleiben muss.“ Vier Jahre nach dem Mauerbau bedauern die Verfasser, dass nur die westlichen Kirchenvertreter an dieser Denkschrift arbeiten konnten – formal bestand ja noch die EKD als gesamtdeutscher Verbund der Protestanten -, obwohl es sich doch um Fragen handelt, die das gesamte deutsche Volk angehen.

Diese Denkschrift, die durch eine Indiskretion vorveröffentlicht wurde, löste zunächst einen Proteststurm sondergleichen aus. Von Verrat war die Rede und von vorauseilendem Verzicht. Die Kirche habe überhaupt kein Mandat zu so weitgehenden Forderungen. Die Empörung ging bis zu Morddrohungen, wenn auch vermutlich nur theatralischen. Bischof Hanns Lilje, damals Vorsitzender des Rates der EKD, hat aber zu Recht darauf bestanden, dass die Kirchen durchaus berechtigt sind, zu Lebensfragen des deutschen Volkes Stellung zu nehmen, ein Recht übrigens, das die erste DDR-Verfassung von 1949 den Kirchen ausdrücklich zubilligte – allerdings, wie die anderen schönen Artikel dieser Verfassung, nur auf dem Papier.

Für mich und meinesgleichen war das Herausragende dieser Denkschrift zweierlei. Sie brach das Tabu, über Vertreibung nicht sprechen, möglichst nicht einmal denken zu dürfen. Sagen, was ist, das kann eine Befreiung sein. Und das andere: die Denkschrift führte heraus aus der Konfrontation zweier Standpunkte durch Differenzierung. Sie relativierte die Konfrontation, indem sie den Horizont erweiterte. Sie fand auch beim jeweiligen Gegner etwas Berechtigtes und kritisierte auch auf der eigenen Seite Übertreibungen.

Aber die anfängliche Empörung ebte ab. Nach und nach erschien doch mehr und mehr plausibel und überzeugend an dieser Denkschrift.

Noch im November desselben Jahres 1965 reagierten die polnischen katholischen Bischöfe. In einem denkwürdigen Brief schrieben sie an die deutschen katholischen Bischöfe den Satz: „wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung.“ Leider fanden die deutschen katholischen Bischöfe keine ebenso ergreifende Antwort.

1966 begann die Große Koalition in der Bundesrepublik eine neue Ostpolitik. Diese führte dann zum deutsch-polnischen Vertrag von 1970. 1972 standen im Bundestag der Moskauer und der Warschauer Vertrag zur Abstimmung. Richard von Weizsäcker, seit 1969 Mitglied des Deutschen Bundestags, hatte erheblichen Anteil daran, dass diese Verträge durch weitgehende Stimmenthaltung der CDU-CSU-Fraktion beschlossen werden konnten. Nun haben wir auch im Osten Richard von Weizsäcker als eigenständigen Akteur auf der politischen Bühne wahrgenommen.

Zuvor aber und daneben war er uns bekannt geworden als hervorragender Protestant. Zweimal war er Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentags, neben dem Präses der Synode faktisch das höchste Amt, das Nichttheologen im deutschen Protestantismus erlangen können, nämlich 1964-1970 und 1979-1981. Siebzehn Jahre lang war er Mitglied der Synode der EKD und des Rates der EKD, nämlich 1967-1984. Das waren außerdem Ämter, die regelmäßig zu intensiven Begegnungen und Gesprächen mit den Protestanten in der DDR führten. Ich hebe hier den Wittenberger Kirchentag zum Lutherjubiläum 1983 hervor, weil er da auch für eine breite kirchliche Öffentlichkeit in Erscheinung trat, verstärkt noch dadurch, dass das Westfernsehen aus der DDR für die DDR darüber berichtete.

Richard von Weizsäcker als Brückenbauer – bisher: gesamtdeutsch trotz Teilung innerhalb des deutschen Protestantismus.

Der Entspannungspolitiker von Weizsäcker war aber auch an einer anderen Front entspannend tätig. 1981 wurde er Regierender Bürgermeister von Berlin (West), als Nachfolger von Hans-Jochen Vogel (SPD), der Dietrich Stobbe abgelöst hatte. Meine Verwandten waren größtenteils Westdeutsche, darunter auch ein Vetter, der Persönlicher Referent bei Hans-Jochen Vogel als Regierendem Bürgermeister war. Mit der Ablösung Vogels durch von Weizsäcker rechnete er mit seiner Entlassung, denn bei solchen Posten ist ja immer die Parteizugehörigkeit entscheidend. Nicht aber bei Richard von Weizsäcker. Er hat ihn als persönlichen Referenten übernommen. Er beurteilt nämlich Menschen nicht primär nach der Parteizugehörigkeit. Zu mir hat er einmal gesagt – hoffentlich ist das jetzt nicht zu indiskret –: „offenbar haben wir beide manchmal Schwierigkeiten mit unserer Partei.“ Es handelt sich dabei bekanntlich nicht um dieselbe Partei. Auf Parteien ist Richard von Weizsäcker übrigens ohnehin nicht gut zu sprechen. Er hat ihnen einmal vorgeworfen, sie seien gleichzeitig machtversessen, wenns nämlich um die nächste Wahl geht, und

machtvergessen, wenn es um den Einsatz fürs Gemeinwohl geht. Ich persönlich finde, er urteilt da etwas zu hart, aber grundlos ist diese Kritik nicht.

Als Regierender Bürgermeister hat Richard von Weizsäcker die Figuren der Schlossbrücke, die natürlich in den Osten Berlins gehörten, aber zufällig in Westberlin eingelagert waren, ohne Gegenleistungen zu fordern der DDR übergeben. Er hat den Gegner mit Großzügigkeit beschämt.

Mein Vetter also, persönlicher Referent beim Regierenden Bürgermeister, hat mir erzählt, Richard von Weizsäcker habe nach und nach alle SED-Bezirksvorsitzenden besucht. Jedenfalls aber hat er als Regierender Bürgermeister Erich Honecker besucht. Er hat das getan gegen den massiven Einspruch des Bundeskanzleramts. Wir alle kennen Richard von Weizsäcker als einen freundlichen, verbindlichen, rücksichtsvollen Menschen. Wer daraus folgert, er sei ein Weichei, irrt sich gewaltig. Dann hätte er nämlich gar nicht das Ansehen, das er heute genießt. Richard von Weizsäcker kann hartnäckig, fordernd und entschieden sein und das ist gut so. Er also ist zu Honecker gefahren, obwohl das Bundeskanzleramt strikt dagegen war, und zwar aus der Überzeugung heraus, dass das beste Heilmittel gegen ideologisch aufgeladene Feindbilder die persönliche Begegnung ist. Und darin hatte er recht. Dass die SED spätestens nach der Maueröffnung resigniert hat, hing auch damit zusammen, dass führenden Genossen das aggressive Feindbild abhanden gekommen war. Es ist ja auch wirklich sehr schwer, in Richard von Weizsäcker den infamen Klassenfeind zu sehen, von dem nur das Schlimmste zu erwarten ist. Man kann es vielleicht auch so sagen: die SED ist am Verlust ihres Feindbildes zugrunde gegangen und daran hat auch Richard von Weizsäcker seine Verdienste. Ziviler Ungehorsam, das wäre zu viel behauptet, aber eine Art ziviler – oder sollen wir sagen elitärer – , jedenfalls aber verantwortungsbewusster Unbekümmertheit, dazu ist Richard von Weizsäcker durchaus in der Lage. Ich hätte da noch zwei Belege. Helmut Kohl fand es gut, dass Richard von Weizsäcker 1974 für das Amt des Bundespräsidenten kandidiert, nämlich angesichts der Mehrheitsverhältnisse vergeblich. 1984 hatte Helmut Kohl andere Pläne. Da hat Richard von Weizsäcker ihm den Brief mit seiner Bewerbung geradezu aufgedrängt. Ich jedenfalls bin ihm dafür sehr dankbar. Denn so wurde Richard von Weizsäcker schließlich auch der erste Bundespräsident des vereinigten Deutschland. Die deutsche Vereinigung war ja, namentlich in wirtschaftlicher Hinsicht, eine sehr holprige Angelegenheit. Ich rede hier nicht von Schuld und Versagen, sondern von Übererwartungen und Fehleinschätzungen, durch die illusionäre Blümenträume platzen mussten. Wie auch immer, im Osten entstand Einigungsfrust. Nie aber haben sich ostdeutsche Enttäuschungen gegen Richard von Weizsäcker gerichtet. Er war immer unangefochten unser gemeinsamer Bundespräsident.

Für Richard von Weizsäckers Souveränität habe ich noch eine dritte Geschichte. Am 18. Dezember 1989 lädt Manfred Stolpe ihn, den amtierenden Bundespräsidenten, nach Potsdam ein zum Adventsliedersingen in der Nikolaikirche. Dort trifft er rein zufällig, aber von Stolper beabsichtigt, den amtierenden Ministerpräsidenten der DDR. Modrow, und den

amtierenden Staatsratsvorsitzenden Gerlach (LdPD). Nach dem Adventssingen macht er eine kleine Pressekonferenz mit Modrow. Am Rande wird er gefragt, ob er denn diese Begegnung mit den Regierungsstellen abgesprochen hat, wie das Grundgesetz es gebietet. Seine Antwort: dann wäre ich doch nicht hier. In diesen gefährlichen Zeiten müssen die Verantwortlichen aus Ost und West sich persönlich kennen, sagte er. Wie sollen wir so etwas nennen? Das war eine verantwortungsbewusste Eigenmächtigkeit. Man kann keine Regel daraus machen, aber man kann denjenigen bewundern, der weiß, wann so etwas moralisch geboten ist.

Ich habe das Glück, seit fast 20 Jahren etwa monatlich an einer Gesprächsrunde mit Richard von Weizsäcker und Helmut Schmidt teilzunehmen. Ich möchte erzählen, wie diese Freundschaft entstand. Richard von Weizsäcker hatte in seiner Rede zum 8. Mai im Jahre 1985 sinngemäß gesagt: jeder Deutsche konnten damals von den Verbrechen der Nazis wissen. Daraufhin ist Helmut Schmidt zu ihm gegangen und hat ihm gesagt: das stimme so nicht. Er, von Weizsäcker, habe als Diplomatensohn davon gewusst, aber er, Helmut Schmidt an der Front, nicht. Ich habe diesen argumentativen Schlagabtausch selbst mehrmals miterlebt. Ich selbst schlage mich hier auf die Seite von Helmut Schmidt. Der Antisemitismus der Nazis und die auch schon verbrecherische Diskriminierung der Juden war damals selbstverständlich jedermann bekannt, nicht aber ebenso die Judenvernichtung. Das kann ich jedenfalls von meinen Eltern bezeugen. Das ist jetzt aber nicht die Pointe. Sondern: aus diesem Protest Helmut Schmidts entstand eine Freundschaft. Und das wirft ein so sehr sympathisches Licht auf unseren Preisträger.

Hin und wieder gelingen Richard von Weizsäcker beneidenswerte Formulierungen.

Zum Schluss zitiere ich einige.

„Die ganze Kunst der Politik besteht darin, das langfristig Notwendige kurzfristig mehrheitsfähig zu machen.“

„Ich war immer der Überzeugung und bleibe dabei, dass ein guter Europäer kein schlechter Patriot sein muss.“

„Patriotismus ist Liebe zu den Seinen, Nationalismus ist Hass auf die anderen.“

„Vergangenheit kann man nicht bewältigen, man kann sie nur verantwortlich zu verstehen versuchen.“

„Wir lernen aus der Geschichte nicht, was wir tun sollen. Aber wir können aus ihr lernen, was wir bedenken müssen.“

„Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“

„Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen.“

„Die Jungen sind nicht verantwortlich für das, was damals geschah. Aber sie sind verantwortlich für das, was in der Geschichte daraus wird.“

„Die deutsche Frage ist so lange offen, wie das Brandenburger Tor geschlossen ist.“

Eine solche Reihe glänzender Formulierungen können nicht viele Politiker aufbieten.